

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

DIE KRISE IN KIRGISTAN DER AUSTRITT USBEKISTANS AUS DER EURASEC

■ ANALYSE		
	Auf der Suche nach der Tulpenrevolution. Kirgistan im Herbst 2008 Von Alexander Wolters, Frankfurt/O.	2
■ KARTE		
	Kirgistan	6
■ DOKUMENTATION		
	Wichtige Daten der innenpolitischen Entwicklung Kirgistans 2005–2008	7
	Die wichtigsten politischen Parteien in Kirgistan	8
■ GRAFIKEN		
	Ausgewählte sozio-ökonomische Indikatoren Kirgistans im Vergleich	9
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
	Ein (un)erwarteter Schritt – Kommentare zum Austritt Usbekistans aus der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurasEC)	11
<hr/>		
■ CHRONIK		
	Vom 25. Oktober bis 20. November 2008	17

Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.



Analyse**Auf der Suche nach der Tulpenrevolution.
Kirgistan im Herbst 2008**

Von Alexander Wolters, Frankfurt/O.

Zusammenfassung

Kirgistan steckt nach Einschätzung internationaler Beobachter in einer tiefen Krise. Angesichts steigender Lebensmittelpreise und knapper Energie steigt der Frust in der Öffentlichkeit, während innerhalb des Herrschaftsapparats mit immer härteren Bandagen um Macht, Einfluss und Ressourcen gekämpft wird. Dem Präsidenten ist es bisher nicht gelungen, ein System zur Austarierung der Spannungen in der Elite zu etablieren. Die Opposition ist derweil damit beschäftigt, einen Weg aus jener Sackgasse zu finden, in welche sie sich vor nicht allzu langer Zeit selbst hineinmanövriert hat. Die Lokalwahlen im Oktober zeigten deutlich, wie schwach ihr Einfluss ist und wie angeschlagen ihre Reputation. Insgesamt sind dies alles Symptome von Instabilität, die es fraglich erscheinen lassen, dass das Regime auf die Krise angemessen reagieren wird, aber auch, dass die Opposition hier eine Alternative bietet.

Kirgistan war als Schauplatz der »Tulpenrevolution« vor dreieinhalb Jahren ein Ort der politischen Aktivität, der Aufbruchstimmung und des Querdenkens. Heute stellt sich die Situation ganz anders dar. Präsident Bakijew scheint gestützt auf eine sichere Parlamentsmehrheit zu regieren, ohne dass oppositionelle Kräfte in der Lage wären, die von noch gestiegenen sozio-ökonomischen Problemen gebeutelte Bevölkerung gegen das Regime zu aktivieren. Wie die folgende Analyse zeigt, darf dies aber nicht als Zeichen politischer Stabilität interpretiert werden.

Zur Erinnerung: Im März 2005 war es der Opposition in Kirgistan in Reaktion auf Fälschungen der Ergebnisse der Parlamentswahlen gelungen, landesweite Proteste zu organisieren. Diese gipfelten im Sturm auf das Weiße Haus, den Regierungssitz, und führten zur Vertreibung des damaligen Präsidenten Askar Akajew aus dem Amt und dem Land. Zu seinem Nachfolger wurde im Sommer 2005 Kurmanbek Bakijew gewählt, der die Ziele der Tulpenrevolution permanent beschwor ohne den Worten entsprechende Taten folgen zu lassen. Die versprochene Verfassungsreform wurde verschleppt und der Kampf gegen die ausufernde Korruption rein kosmetisch geführt. Als Reaktion darauf formierte sich im Frühjahr 2006 eine neue Protestbewegung mit dem bezeichnenden Namen »Für Reformen«, die mit ihren Aktionen das politische Leben der Republik mehrere Monate lang dominierte und die neue Verfassung vom November 2006 als ihren Erfolg verbuchen konnte. Doch gelang es dem Regime Bakijews danach – durch Repression wie Kooptation – diese Opposition zurückzudrängen und den Reformprozess wieder umzukehren. Ein Verfassungsreferendum im

Frühherbst 2007 ebnete schließlich den Weg für Neuwahlen zum Parlament, die die neu gegründete Partei des Präsidenten, »Ak-Schol« (Heller Weg), nach wegen des Vorwurfs der Wahlfälschung umstrittenen Ergebnissen haushoch gewann (71 von 90 Sitzen). Die radikale Opposition, inzwischen reduziert auf die Partei Ata-Meken (Vaterland), blieb anders als die moderat-kritischen Sozialdemokraten (11 Sitze) und die mitlaufenden Kommunisten (8 Sitze) aus dem Schogorku Kenesch, dem kirgisischen Parlament, ausgeschlossen. Offizielle Ergebnisse wurden allerdings bis heute nicht veröffentlicht.

Seitdem ist es in Kirgistan ruhig. Das fast schon traditionelle bunte politische Treiben im Frühjahr und Herbst ist 2008 zum Erliegen gekommen. Im Folgenden wird nach Schein und Wirklichkeit dieser neuen Ruhe und den Chancen für politische Reformen in Kirgistan gefragt.

Geeinte Zentralmacht oder interner Unruheherd?

Grundlage des Regime Bakijews seit den Wahlen im Dezember 2007 ist die Beherrschung der staatlichen Exekutivstrukturen und des Parlaments auf formaler Ebene. Die komfortable Mehrheit von Ak-Schol und der Ausschluss führender Oppositionspolitiker wie Omurbek Tekebajew und Temir Sarijew ermöglicht blockadefreies Regieren. Die Präsidialadministration unter Leitung von Medet Sadyrkulow scheint alleiniges Zentrum der Macht zu sein, dessen Gesetzesvorhaben vom Parlament folgsam durchgewinkt werden.

Auf informaler Ebene lassen sich zwischen Administration und Machtpartei aber Spannungen beobachten, die die zukünftige Regimestabilität in Frage stellen.

So scheint Bakijew das Eigenleben von Ak-Schol, im Herbst 2007 noch als »Volkspartei« aller opportunistischen Kräfte zu seiner Unterstützung aufgebaut, mit ihren Forderungen nach Aufmerksamkeit und materieller Unterstützung zunehmend zu fürchten und sich daher wieder verstärkt dem administrativen Zweig seines Herrschaftsapparates zuzuwenden. Entsprechend unterliegen ambitionierte Parteipolitiker bei internen Auseinandersetzungen den Vertretern der Präsidentialverwaltung, wie der Rücktritt Adachan Madumarows vom Posten des Parlamentssprechers Ende Mai zeigte. Noch deutlicher wird der strukturelle Gegensatz zwischen Partei und Administration auf lokaler Ebene. Mitglieder der örtlichen Parteizellen sind enttäuscht von der mangelnden Aufmerksamkeit von oben. Es sind erneut die Akime, die Vertreter der Exekutive auf regionaler und lokaler Ebene, die Direktiven aus der Zentrale umsetzen und zunehmend die Besetzung von Positionen in staatlichen Agenturen kontrollieren. Anders als seine Kollegen in Kasachstan und Russland mit ihren Parteien Nur-Otan und Jedinaja Rossija hat Bakijew es nicht geschafft, durch intelligente Steuerung von Präsidentenpartei und Exekutive einen Mechanismus einzurichten, der in der Lage wäre, Spannungen im Inneren der Macht abzufedern.

Sein Fehlen fördert auch den zweiten Riss in der regierenden Elite. Er verläuft zwischen alten und neuen Mitgliedern des Regimes. Seit der Gründung von Ak-Schol wurden die alten Weggefährten aus den heißen Tagen 2006 durch Aufsteiger aus dem bürokratischem Apparat ausgetauscht. Beispiel ist Premierminister Igor Tschudinow, der wie seine Stellvertreter Iskenderbek Ajdaralijew und Elmira Ibraimowa als loyaler Kader des Präsidenten gilt und keine eigene Hausmacht besitzt. In der Parlamentsfraktion von Ak-Schol sind viele Newcomer, Politiker der dritten Reihe sowie ehemalige Mitglieder staatlicher Agenturen, besonders frühere Mitarbeiter der Präsidentialadministration, die auch heute noch jede Maßnahme des Weißen Hauses durchwinken ohne sie zu hinterfragen. Präsident Bakijew ist auf diese Gefolgsleute, die sich widerspruchslos ein- und wieder absetzen lassen, angewiesen, denn nur so lassen sich per Kooptation auf schnell verfügbare Posten Kritiker ruhig stellen. Die Altgedienten drängen aber darauf, mit langfristigen Ämterpfründen ausgestattet zu werden. Diese Spannungen sind auch Teil des Verteilungskampfes, der sich zwischen einer Gruppe um Medet Sadyrkulow und Maksim Bakijew, dem Sohn des Präsidenten, und einer zweiten um Schanysch Bakijew, einem Bruder des Präsidenten, abspielt. Die jeweiligen Sieger bleiben dem äußeren Betrachter verborgen.

Fakt ist, dass das System Bakijew bei äußerer Stabilität nach innen Unruhe erzeugt. Neben dem Kampf um Einfluss auf die Staatsspitze wird auf lange Sicht das Unvermögen des Regimes entscheidend sein, Strukturen zur Befriedigung unterschiedlicher Machtansprüche wie der von Partei und Exekutive aufzubauen. Welche Rolle könnte die Opposition in dieser Situation spielen?

Konstruktive Opposition oder kooptierte Mitläuferschaft?

Drei Jahre nach der Tulpenrevolution hat die Opposition das Vertrauen der Öffentlichkeit verspielt. Spätestens ihr Kotau vor dem Regime bei der Annahme der sogenannten Dezemberverfassung 2006 schädigte ihr Ansehen schwer. Inzwischen lassen öffentliche Frustration und Indifferenz die Opposition nur noch als Teil eines Postenschachers erscheinen, nicht mehr als legitime Vertretung konkurrierender gesellschaftlicher Ansprüche auf Macht.

Verschiedene Parteien und Bewegungen bemühen sich, dieses Dilemma zu überwinden. Der Übersicht halber sei hier zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition unterschieden. Die Kommunisten unter Leitung des alten Bakijew-Vertrauten Is'chak Masalijew sind im Parlament ohne Bedeutung, während die Fraktion der Sozialdemokraten (SDPK) nur bedingt als Opposition bezeichnet werden kann. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Vizepräsidenten der Amerikanischen Universität, Bakyt Beschimow, äußern die SDPKler durchaus Kritik an einzelnen Regierungsinitiativen, beispielsweise den aktuellen Plänen zur Privatisierung der Energiewirtschaft. Grundlegende Kritik am System bleibt jedoch aus. Mit schwerreichen Unternehmern in den eigenen Reihen (Abgeordnete Osmonbek Artykbajew, Murat Dschurajew) überwiegt in der Fraktion die Sorge vor negativen Konsequenzen für die Geschäfte der eigenen Mitglieder über offen geäußerte Kritik.

Anders jene Parteien, die außerhalb des Parlaments aktiv sind, wie die Sozialistische Partei »Ata-Meken« (»Vaterland«), die mit ihrem Chef Omurbek Tekebajew den schärfsten Widersacher Bakijews stellt. Ihre Anhänger arbeiten seit einiger Zeit wieder an einem neuen Verfassungsentwurf und sind nach Meinung vieler Kommentatoren der letzte Rest echter Parteiopposition. Andere Parteien, zum Beispiel die Grünen unter Erkin Bulekbajew oder Temir Sarijews liberale Partei »Ak-Schumkar« (Weißer Falke), erreichen selten die öffentliche Resonanz der Sozialisten. Das Problem von Ata-Meken indes ist ein eklatanter Mangel an Ressourcen. Es gelang der Partei zwar, bei den vergangenen

Lokalwahlen für ihre Kandidaten in Bischkek einen gemeinsamen Wahlkampf zu organisieren. Im übrigen Land blieb sie aber aus Geldmangel gesichtslos. Um dieses Finanzproblem zu beheben, entschlossen sich die Sozialisten jüngst zu engerer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten unter Führung Almasbek Atambajews. Dieser Schritt ist nicht ganz ohne Risiko, droht doch das negative öffentliche Image der SDPK als Versammlung von Opportunisten auch der Reputation der Tekebajew-Leute zu schaden. Er ist auch Folge und Ausdruck der Ergebnislosigkeit bisheriger Versuche zur Einigung der Opposition.

Deren größter Erfolg war bislang die Gründung einer Oppositionsbewegung mit der Bezeichnung »Für Gerechtigkeit« im Januar 2008. Als Antwort auf die Wahlmanipulationen im Dezember 2007 schuf sie im Februar das »Öffentliche Parlament«, von manchen Beobachtern auch Schattenparlament genannt. Doch weder »Öffentliches Parlament« noch »Für Gerechtigkeit« konnten bisher auf das politische Leben in Kirgistan Einfluss nehmen. Auch gemeinsame Auftritte von NGOs und politischen Parteien wie noch zu Zeiten der Bewegung »Für Reformen« sind eher selten geworden. Etablierten NGOs wie »Interbilim« oder die »Koalition« kümmern sich – trotz Teilnahme an den Sitzungen des »Öffentlichen Parlaments« – mehrheitlich um Wahlbeobachtung und Monitoring, während einzelne Aktivisten wie Maksim Kuleschow Aktionen des zivilen Ungehorsams, z. B. regelmäßige Streikposten vor dem Weißen Haus, organisieren. Sie stoßen damit aber bei den Parteien kaum auf Resonanz.

Ein weiteres Problem für Parteien wie NGOs sind die verschärften Bedingungen für öffentliche politische Tätigkeit. So schränkt eine Verordnung zur Neuregelung des Demonstrationsrechts in Bischkek seit Dezember letzten Jahres Proteste und Demonstrationen auf lediglich drei Plätze in der Hauptstadt ein. Oppositionelle Zeitungen wie Alibi und De-Fakto sehen sich, wie zu Zeiten Akajews, Verleumdungsklagen ausgesetzt. Der NGO-Sektor ist mit restriktiven Gesetzesinitiativen konfrontiert, wie jener zur Einrichtung einer »Zivilgesellschaftlichen Kammer«. Dort sollen, ganz nach russischem Vorbild, ausgewählte Vertreter der Zivilgesellschaft die Aufsicht über die Einhaltung von Verfassungsgrundsätzen übernehmen. All diese Verbote mindern natürlich die Chancen, oppositionelle Forderungen in der Öffentlichkeit zu lancieren.

Macht versus Opposition? Die Lokalwahlen vom Oktober und ihre Folgen

Am 5. Oktober 2008 wurden die insgesamt 7643 Vertreter für die Parlamente auf lokaler und Kreis

(Raion)-Ebene neu gewählt. Mehr als 15 000 Kandidaten hatten sich nominieren lassen, in Bischkek kamen auf ein Mandat mehr als zehn Bewerber.

Den Wahlen vorausgegangen war der skandalumwitterte Rücktritt der Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Klara Kabilowa, die sich gezwungen gesehen hatte, nach Moskau ins Exil zu gehen. Von dort beschuldigte sie per Videobotschaft Maksim Bakijew und Medet Sadyrkulow der Einschüchterung und wiederholter Versuche, die Organisation der Wahlen zu beeinflussen. Das Bekanntwerden solcher Missstände ließ die Spannung vor den Wahlen steigen. Ihre Bedeutung wurde ohnehin kontrovers diskutiert, nachdem mit dem im Mai dieses Jahres verabschiedeten Gesetz über die lokale Selbstverwaltung der Dezentralisierungsprozess der Vorjahre umgekehrt worden war. Nun werden Gemeindevorsteher und Bürgermeister, die eine mindestens zweijährige Tätigkeit in staatlichen Institutionen nachweisen müssen, per Konsultationsverfahren vom Staat nominiert, den Lokalräten bleibt nur noch ihre Bestätigung. Zuvor waren diese Ämter durch Direktwahl der Bevölkerung besetzt worden und Kandidaten konnten unabhängig von ihrer Berufserfahrung nominiert werden. Ausgleichenden Machtzuwachs für die lokale Ebene bringt das neue Gesetz nur bedingt.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Wahl des Stadtrates von Bischkek, häufig auch »Zweites Parlament« genannt. Ata-Meken trat mit einheitlichem Programm und Parteifarben an, die Grünen zeichneten sich durch kreative Wahlwerbung aus, andere Parteien traten kaum in Erscheinung. Auch Ak-Schol fehlte, nachdem Präsident Bakijew Mitte September den Mitgliedern in einer Rede empfohlen hatte, auf eine Parteinominierung zu verzichten und stattdessen per Eigennominierung anzutreten. Auch deshalb hatte sich die Masse der Kandidaten in der Hauptstadt mit Hilfe von Eigennennungen für die Wahl aufgestellt.

In der Provinz hatte Bakijews Rede für Verwirrung und Ärger gesorgt, da in vielen Bezirken bereits erfolgte Ak-Schol-Nominierungen zurückgezogen werden mussten, was die Partei zudem weiter diskreditierte. Wenige Kandidaten und kaum Präsenz geordneter Opposition ließen die Verantwortlichen der provinziellen Exekutiven um eine ausreichende Wahlbeteiligung bangen, sie konzentrierten ihre Anstrengungen ganz auf die Produktion eines angemessenen »turnouts« von mehr als 50 %. Auslöser war allein die Angst vor dem Eindruck einer schlechten Wahlperformance; der Wahlkodex schreibt bei Lokalwahlen eine Mindestbeteiligung nicht zwingend vor.

Wie angesichts solcher Umstände nicht anders zu erwarten, meldeten lokale Wahlbeobachter wie

das »Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen« Manipulationen auf allen Ebenen. Dem entsprach auch das Ergebnis: In Bischkek konstituierte sich ein der Staatsmacht genehmer Stadtrat, in den nicht ein einziger Vertreter der Opposition einzog, hingegen völlig unbekannte Figuren – wie zum Beispiel als jüngste Abgeordnete eine 21-jährige Studentin. Die Opposition in Gestalt des »Öffentlichen Parlaments« sah sich zum wiederholten Male betrogen und verurteilte erwartungsgemäß am 9. Oktober die Lokalwahlen wegen massiven Wahlbetrugs als illegitim.

Als weiteres Symptom der Auseinandersetzung konkurrierender Elitengruppen trat Ende Oktober der Sekretär des Sicherheitsrats, Ismail Isakow, zurück. Er verurteilte die Wahlmanipulationen und machte in seiner Funktion als Generalsekretär der Partei Schany Kirgistan (Neues Kirgistan) die Regierung dafür verantwortlich. Diese Partei, der ehemalige Vertraute des Präsidenten wie Usen Sydykow und Marat Kajypow angehören, fordert nun den Rücktritt der Regierung und eine neue Kaderpolitik. Auf der anderen Seite haben oppositionelle Parteien, Vertreter der Zivilgesellschaft und kritische Presseorgane jüngst ein Memorandum unterschrieben, in dem sie ihre Reformziele konkretisieren und Aktionen für die Zukunft planen. Hier wird der Versuch eines erneuten Schulterschlusses zwischen Atambajew und Tekebajew, zwischen der ressourcenreichen SDPK und der aktiven Ata-Meken, deutlich.

All diese Entwicklungen im Inneren des politischen Systems vollziehen sich vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Energie- und Lebensmittelkrise. Der Pegel des Toktogul-Stausees, dem Energiespeicher der Nation, ist trotz häufiger Stromabschaltungen nicht wieder auf Vorjahresniveau und die Preise für Lebensmittel steigen bei niedriger landwirtschaftlicher Produktion weiter. Ob und welche Folgen die globale Finanzkrise für Kirgistan hat, ist bisher noch nicht abzusehen. Aber auch ohne strauchelnden Kreditmarkt sieht die Zukunft der kirgisischen Wirtschaft ungünstig aus. Zwar liegt

das Wachstum noch bei über sieben Prozent, aber die Prognosen für 2009 sehen einen Abfall dieses Wertes, auch ohne Berücksichtigung der durch die unkoordinierte Wirtschafts- und Energiepolitik verursachten Produktionsausfälle, voraus.

Die Politik des Kabinetts unter Premier Tschudinow verspricht wenig Besserung in der Zukunft. Die Reformen im Energiesektor beschränken sich auf Notfallmaßnahmen wie die Idee einer kompletten Schließung aller Bildungsanstalten des Landes im Winter für zwei Monate. Entsprechend sinken die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine Abwendung der Energiekrise, während gleichzeitig die Erwartungen an eine weitere Kabinettsumbildung als präsidiale Antwort auf die Herausforderung steigen.

Fazit

Das Regime um Bakijew weist mehr als drei Jahre nach der Tulpenrevolution bei aller institutionellen Machtfülle real deutliche Symptome von Instabilität auf. Durch die geschwächte Opposition von außen kaum belastet, bauen sich im Inneren des Herrschaftsapparats Spannungen auf. Das Regime versucht ihnen durch Kaderrotation und neue Strukturen wie Ak-Schol zu begegnen. Doch entspannt das die Situation nur kurzfristig und ohne die Widersprüche im System aufzulösen, trägt also letztlich zur Reproduktion der Instabilität bei. Vor dem Hintergrund sich verschärfender Wirtschafts- und Sozialprobleme ist für die Zukunft ausschlaggebend, ob sich eine gefestigte Oppositionsbewegung diese destruktive Dynamik im Inneren des Regimes wird zunutze machen können und die Öffentlichkeit aufrüttelt. Sie ist dabei vor das Problem gestellt, dass das Regime durch die Flucht in immer repressivere Herrschaftsmethoden zunehmend unberechenbar wird. Für kommende politische Auseinandersetzungen lässt solch politische Gemengelage eher eruptiven Aktionismus als nüchternes Handeln erwarten.

Über den Autor:

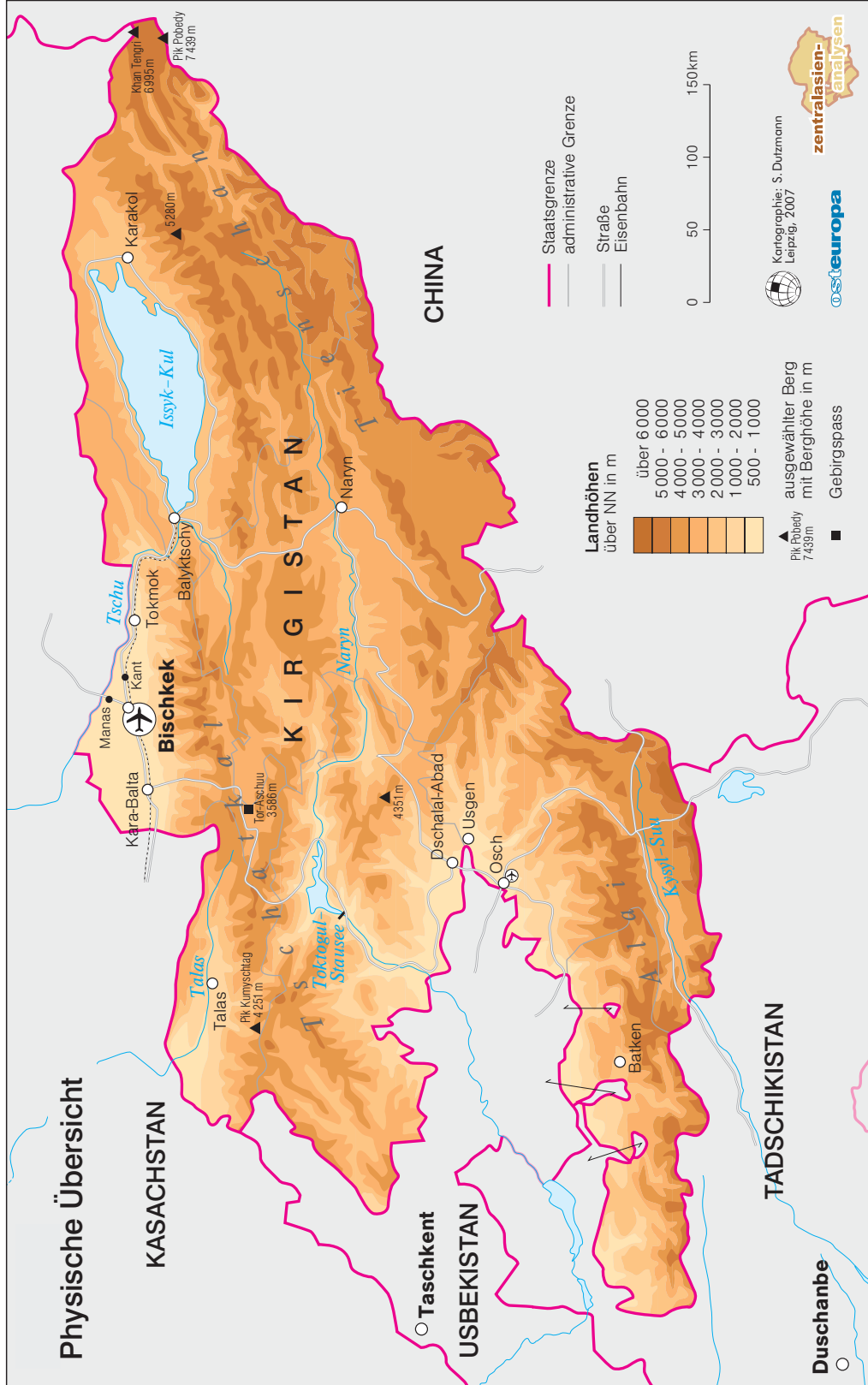
Alexander Wolters ist Doktorand an der Fakultät für Kulturwissenschaften der Europa Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder und hat sich mehrere Monate zu Feldforschungen über die politische Lage in Kirgistan aufgehalten.

Lesetipps:

- Kirgyzstan: A Deceptive Calm, International Crisis Group Asia Briefing No 79, 14. August 2008, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5627&CFID=57385158&CFTOKEN=16218706>
- Erica Marat, Criminalization of the Kyrgyz State before and after the Tulip Revolution, in: China and Eurasia Forum Quarterly 6(2008)2, S. 15–22 = http://www.isdp.eu/files/publications/cefq/08/May_2008.pdf
- Maksat Kachkeev, Die Verfassungsentwicklung in Kirgistan nach der »Tulpenrevolution« von 2005, in: Osteuropa Recht 54(2008)1–2, S. 58–67
- Bruce Pannier, Kirgyzstan: The Bittersweet Fruits Of The Revolution, 23.3.2008, = <http://www.rferl.org/content/Article/1079676.html>

Karte

Kirgistan



Dokumentation

Wichtige Daten der innenpolitischen Entwicklung Kirgistans 2005–2008

27.2./13.3.2005	Die wegen Wahlfälschungen umstrittenen Parlamentswahlen finden statt.
24.3.2005	Es kommt zu gewalttätigen Demonstrationen, die zum Sturz Präsident Askar Akajews führen.
10.7.2005	Präsidentenwahlen finden statt. Sieger wird der Übergangspräsident Kurmanbek Bakijew
März/April 2006	Mehrere Oppositionsparteien schließen sich zur Bewegung »Für Reformen« zusammen und organisieren Großdemonstrationen, die deren Durchsetzung fordern. Der Präsident kommt den Oppositionellen durch personelle Umbesetzungen entgegen.
2.–8.11.2006	Bakijew willigt nach tagelangen von der Bewegung »Für Reformen« organisierten Demonstrationen in Verfassungsänderungen zur Begrenzung seiner Vollmachten ein (Unterzeichnung 9.11.)
30.12.2006	Das Parlament verabschiedet einen revidierten Verfassungsentwurf, der die am 9.11. getroffenen Veränderungen wieder rückgängig macht.
11.4.2007	Von der Opposition organisierte Massenproteste in Bischkek für Neuwahlen und eine stärker auf das Parlament zugeschnittene Verfassung werden am 19.4. von der Polizei gewaltsam beendet.
14.9.2007	Das Verfassungsgericht erklärt die Verfassung vom 30.12.2006 für ungültig.
21.10.2007	Ein nationales Referendum über eine neue Verfassung und ein neues Wahlrecht bestätigt die Vorschläge des Präsidenten. Das Parlament wird aufgelöst und Neuwahlen angesetzt.
30.11.2007	Der Stadtrat von Bischkek beschließt Verschärfungen des Demonstrationsrechtes im Stadtgebiet.
16.12.2007	Neuwahlen zum Parlament führen zu einem Erdrutschsieg der neu gegründeten Präsidentenpartei »Ak-Schol«. Offizielle Ergebnisse wurden bis heute nicht vorgelegt.
10.1.2008	Das neue Parlament tritt zu seiner Eröffnungssitzung zusammen.
14.1.2008	Mehrere Oppositionsparteien geben die Gründung des Bündnisses »Für Gerechtigkeit« bekannt.
20.2.2008	Das von der Opposition gegründete »Öffentliche Parlament« wird eröffnet.
13.6.2008	Ein neues Parteiengesetz setzt die Hürden für Parteineugründungen herauf.
6.8.2008	Das Parlament beschließt eine landesweite Verschärfung des Demonstrationsrechtes.
26.9.2008	Die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Klara Kabilowa, tritt zurück.
5.10.2008	In ganz Kirgistan finden Lokalwahlen statt. Offizielle Ergebnisse liegen nicht vor.
11.10.2008	Der Vorsitzende des nationalen Sicherheitsrates, Ismail Isakow, tritt aus Protest gegen die Fälschungen der Ergebnisse der Lokalwahlen zurück.
3.11.2008	Vertreter oppositioneller Parteien unterzeichnen ein Memorandum, in dem sie ihre Besorgnis über den – nach ihrer Ansicht – durch die Inkompetenz der Regierung hervorgerufenen sozio-ökonomischen Niedergang des Landes zum Ausdruck bringen.



Die wichtigsten politischen Parteien in Kirgistan

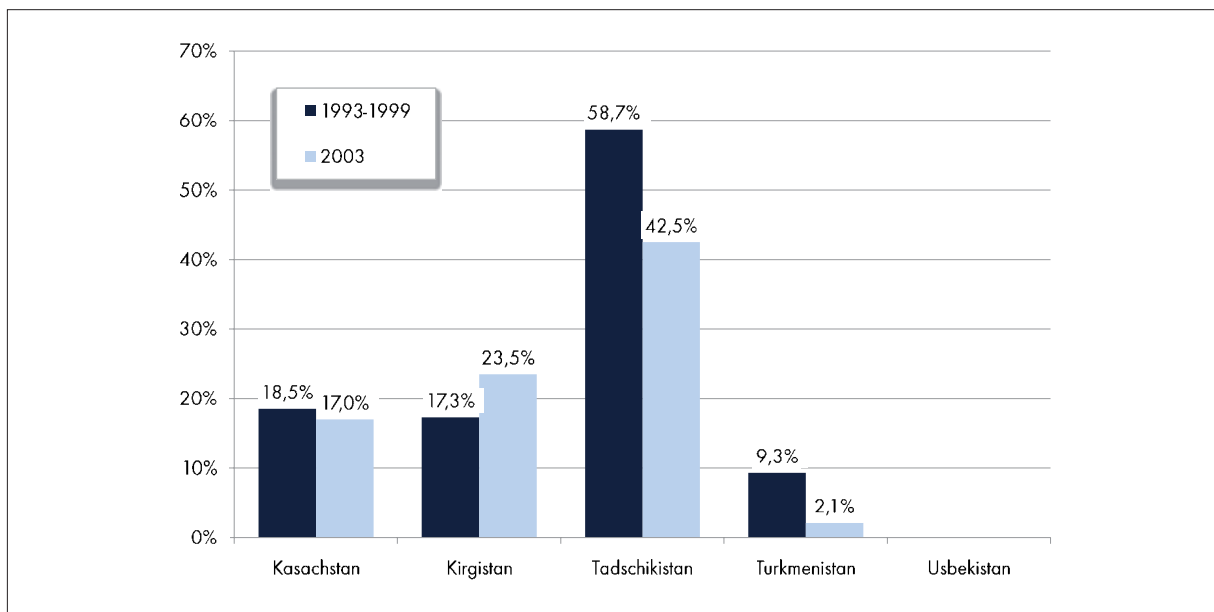
(Stand November 2008)

Name	Gründung	Vorgängerparteien, Fusionen, Namensänderungen	Bedeutende Figuren	Politische Ausrichtung
<i>Im Parlament vertreten</i>				
Volkspartei »Ak-Schol« (Heller Weg)	15. Oktober 2007	Hervorgegangen u. a. aus den Parteien »Ata-Schurt« (Heimat), Liberal-Progressive Partei, »Vereintes Kirgistan«, Republikanische Partei für Arbeit und Einheit, »Mein Land«, »El kelehegi« (Zukunft des Volkes), Patriotische Partei der Einheit Kirgistans, u. a.	Kurmanbek Bakijew (Mitgliedschaft ruht), Ajtribaj Tagajew, Tscholpon Bajekowa, Elmira Ibrahimowa, Irina Ljetowa u. a.	Nicht genau zu fixieren, populistisches Auftreten
Sozialdemokratische Partei Kirgistans	1993		Baktybek Beschimow, Osmonbek Artykbajew u. a.	Sozialpolitische Agenda
Partei der Kommunisten Kirgistans	August 1992	Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei der Kirgisischen SSR	Is'chak Masalijew	
<i>Außerparlamentarische Opposition</i>				
Sozialistische Partei »Ata-Merken« (Vaterland)	9. Oktober 1992	Linker Flügel von »Erkin Kirgistan« (Freies Kirgistan), später mit anderen Parteien fusioniert, zuletzt für die Parlamentswahlen im Dezember mit »Ak-Schumkar« (anschließende Trennung)	Omurbek Tekebajew, Dujschon Tschotonov	Zwischen linksliberal und sozialistisch
Partei der Nationalen Wiedergeburt »Asaba« (Banner)	26. April 1990	Bereits in sowjetischen Zeiten gegründet, seitdem als Oppositionspartei etabliert.	Asimbek Beknasarow	Nationalistisch-populistische Plattform
»Ak-Schumkar« (Weißer Falke)	10. April 2007	Nachfolgepartei des liberalen Blocks »Union der Demokratischen Kräfte« unter Führung von Bolotbek Bajbolow und Baktybek Beschimow	Temir Sariev	Wirtschaftsliberal
»Ar-Namys« (Würde)	9. Juli 1999		Felix Kulow	Sozialpolitische Agenda
Partei der Grünen Kirgistans	18. Juni 2004		Erkin Bulekbajew	Linksliberal ökologisch
»Schany Kirgistan« (Neues Kirgistan)	14. Oktober 1994	Frühere Landwirtschaftliche Arbeiterpartei	Usen Sydykow, Ismail Isakow	

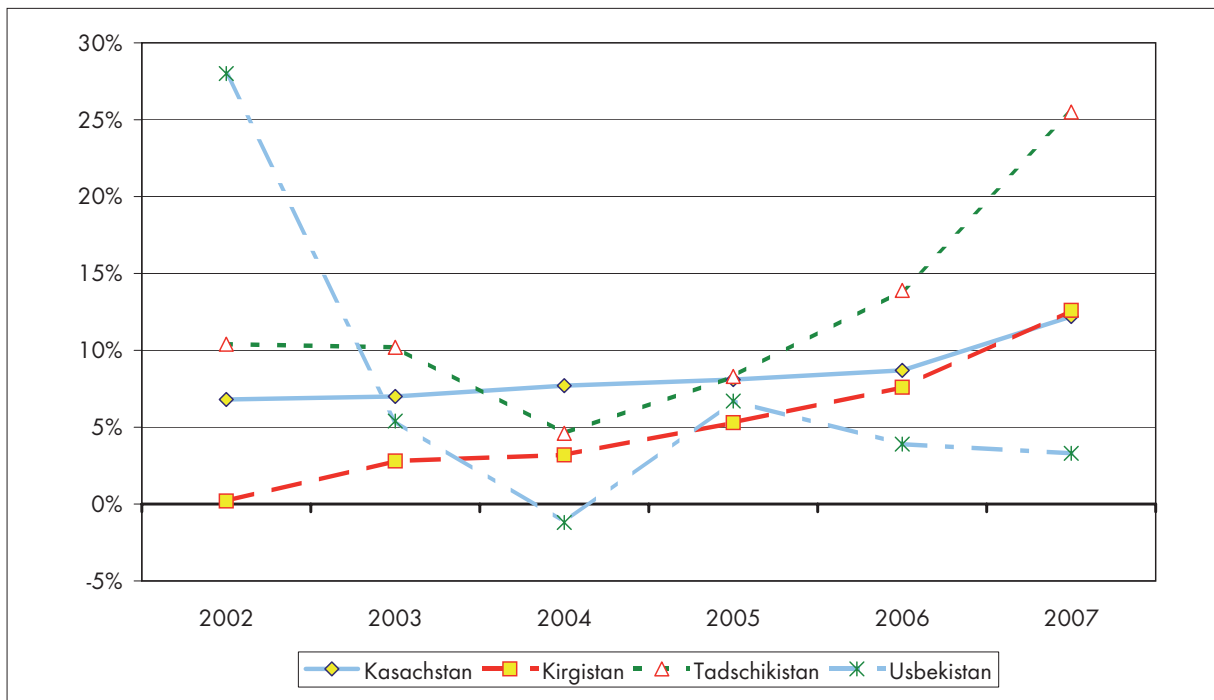
Grafiken

Ausgewählte sozio-ökonomische Indikatoren Kirgistans im Vergleich

Anteil der Bevölkerung mit weniger als 2 US-Dollar (Kaufkraftparität)/Tag

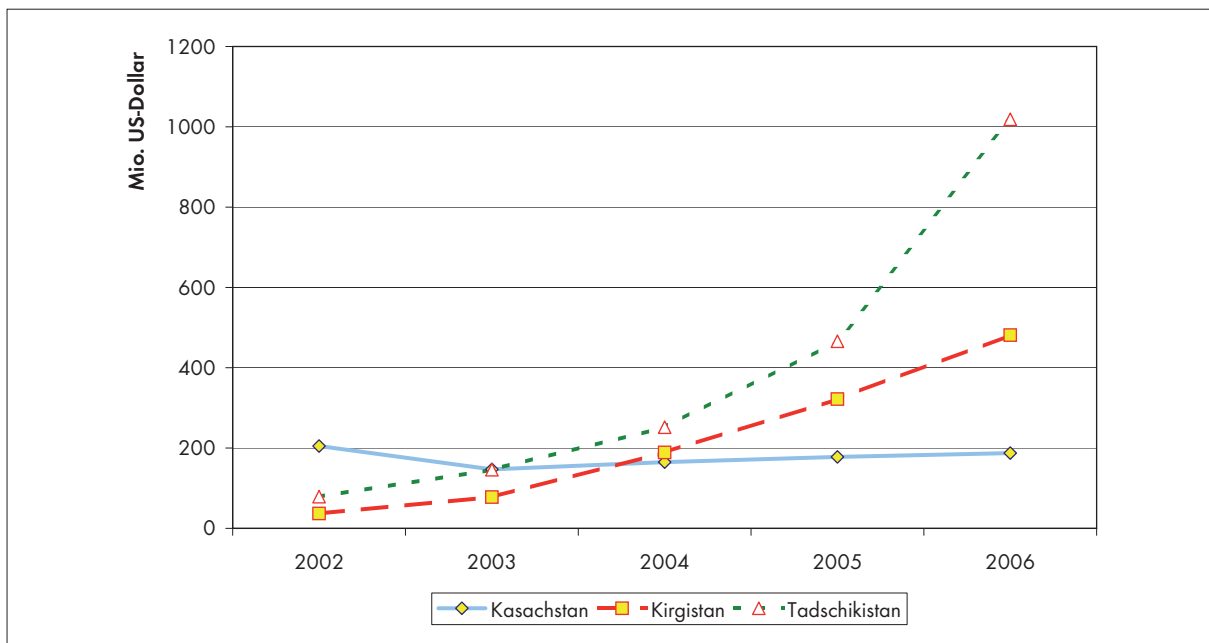


Wachstum des Verbraucherpreisindex für Lebensmittel (Growth of food consumer price index) in %

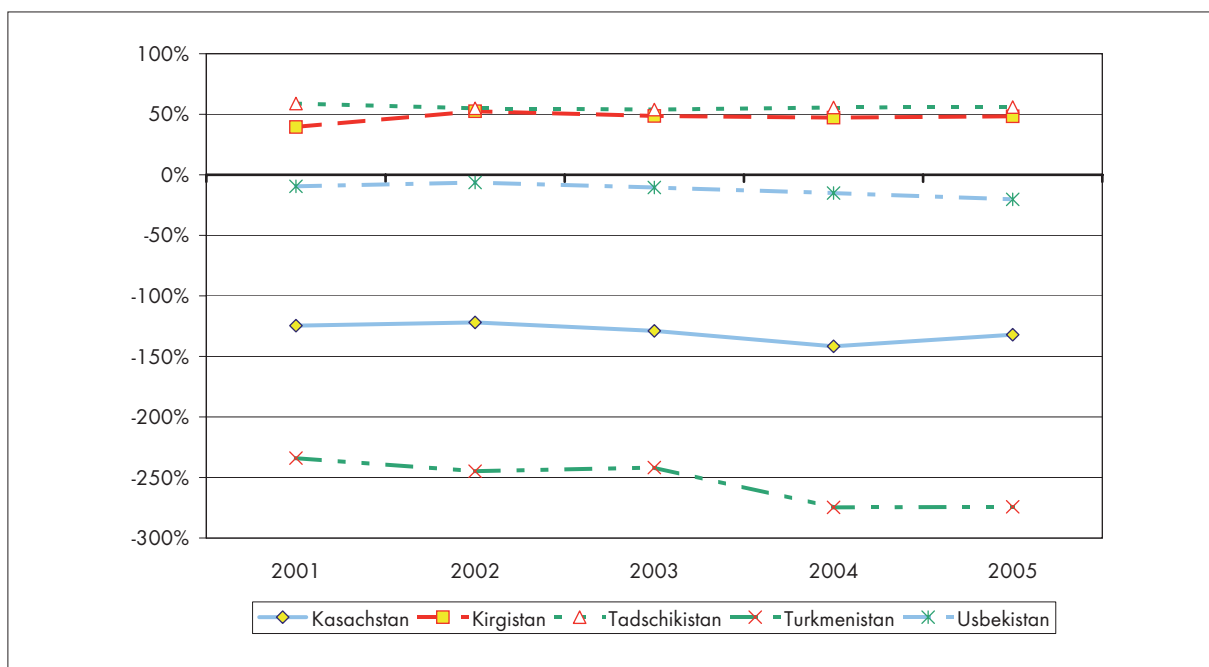


Quelle: Asian Development Bank Key Indicators for Asia and the Pacific 2008;
www.adb.org/Documents/Books/Key_Indicators/2008/pdf/Key-Indicators-2008.pdf

Rücküberweisungen von Arbeitern und Kompensation von Angestellten (Workers' remittances and compensation of employees) in Mio. US-Dollar



Netto-Energieimporte (Anteil am Energieverbrauch) in %



Quelle: Asian Development Bank Key Indicators for Asia and the Pacific 2008;
www.adb.org/Documents/Books/Key_Indicators/2008/pdf/Key-Indicators-2008.pdf

Dokumentation

Ein (un)erwarteter Schritt – Kommentare zum Austritt Usbekistans aus der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurasEC)

Mitte November wurde bekannt, dass Usbekistan bereits einen Monat zuvor schriftlich seinen Austritt aus der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurasEC) erklärt hatte. In deutschen Medien wurde das so gut wie gar nicht erwähnt, aber auch in den EurasEC-Mitgliedsländern war die Reaktion verhalten. Was steckt dahinter?

Die EurasEC ist das vorläufig letzte Glied in einer ganzen Kette, bzw. in zwei Ketten von Wirtschaftsgemeinschaften im eurasischen Raum, die sich als Reaktion auf die Erfolglosigkeit ihrer Arbeit mehrfach unter neuem Namen neu konstituierten.

Den Ausgangspunkt des ersten Strangs markiert die Gründung der Zentralasiatischen Union (CAU) im Jahr 1994. 1998 wurde sie in die Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft (CAEC) umgewandelt. Auf Initiative Islam Karimows löste sie sich auf und 2002 wurde mit den gleichen Mitgliedern (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan) die Zentralasiatische Organisation für Zusammenarbeit (CACO) konstituiert. Als dann im Oktober 2004 Russland Mitglied wurde, war die CACO keine rein zentralasiatische Kooperation mehr. Vor allem gab es mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, damals noch meistens EEC abgekürzt, bereits eine Gemeinschaft mit ähnlichen Zielen und fast identischen Mitgliedern.

Die EEC bestand seit 2000. Sie lässt sich zurückführen auf eine Zollunion zwischen der Russischen Föderation und Belarus von 1995, der kurz danach Kasachstan und Kirgistan sowie 1999 Tadschikistan beitraten. Usbekistan war kein Mitglied. Auf Drängen der Russischen Föderation ging die CACO im Oktober 2005 in einer erneuerten Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurasEC) auf, Usbekistan trat ihr im Januar 2006 bei.

Allen genannten Kooperationen war und ist gemein, dass sie sich bei allen Unterschieden im Einzelnen sehr hohe Integrationsziele gesetzt hatten (freie Bewegung von Menschen, Kapital und Gütern, Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, gemeinsame Energie- und Wasserpolitik, sicherheitspolitische Zusammenarbeit).¹ Unter den gegebenen Verhältnissen war der Erfolg ihrer Arbeit immer sehr gering. In dieser Hinsicht ist die jetzige Kritik von usbekischer Seite durchaus verständlich. Doch sehen die anderen Beteiligten gerade in Usbekistan auch ein Hindernis erfolgreicher Kooperationsversuche.

Usbekistan hat sich schon seit Anfang der 1990er Jahre zurückhaltend gegenüber regionalen Kooperationsbestrebungen in Zentralasien gezeigt. Zudem ist seine Außenpolitik durch ein Schwanken zwischen einer Russland- und Westorientierung gekennzeichnet. Während des ersten Jahrzehnts der staatlichen Unabhängigkeit war Usbekistan eher an Russland orientiert, nach 9/11 wandte es sich im Antiterrorkampf dann dem Westen zu, um sich in Reaktion auf die Verurteilung des Vorgehens der usbekischen Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstranten in Andischan (Mai 2005) durch den Westen wieder Russland anzunähern.

Ökonomisch hat Usbekistan von der Mitgliedschaft in der EurasEC nach Meinung von Wirtschaftsexperten profitiert. Sein Rückzug gilt als eher geopolitisch motivierter Ausdruck der Abkehr von Russland und einer erneuten Hinwendung zum Westen. Beobachter glaubten schon seit Anfang 2008 eine Verschlechterung der Beziehungen zu Russland in vielen Einzelfragen feststellen zu können. Für Moskau, das gerade am 27. Oktober in seiner neuen Außenhandelsstrategie einen Schwerpunkt auf den Handel mit den Staaten der EurasEC gelegt hatte, also eine nicht unerwartete wirtschaftliche, vor allem aber außenpolitische Niederlage. Es bleibt abzuwarten, ob Usbekistan sich auch aus anderen Regionalorganisationen zurückziehen wird.

Selbst wenn der usbekische Austritt die Arbeit innerhalb der EurasEC zunächst erleichtern sollte, bewirkt er zugleich einen Bedeutungsverlust. Eine Lösung der entscheidenden Fragen zentralasiatischer Zusammenarbeit, wie z. B. der Energie- und Wasserprobleme, ist ohne usbekische Beteiligung gar nicht möglich. Die Phase der Um- und Neubildungen eurasischer Wirtschaftsorganisationen wird also vermutlich weitergehen.

In den Mitgliedsstaaten der EurasEC reagierte man zwar überrascht, aber zugleich auch ziemlich gelassen auf den usbekischen Austritt aus der Gemeinschaft. Man wird dies als Zeichen der Gewöhnung an die wenig geradlinige Politik Usbekistans betrachten können, aber auch als Symptom der relativ geringen Bedeutung dieses Zusammenschlusses (im Vergleich mit der SCO).

Die drei folgenden Artikel vermitteln einen Eindruck der sehr ähnlichen Einschätzungen in russischen, kasachstanischen und tadschikischen Medien, usbekische Stellungnahmen ließen sich nicht finden.

Beate Eschment

¹ Siehe Zentralasien-Analysen 01/08.

Wieder ohne Taschkent

Wremja Nowostej, 12.11.2008

<http://www.wremja.ru/2008/209/5/216840.html>

Von Arkadij Dubnow

Islam Karimow hat entschieden, dass Usbekistan nicht den Weg der EurasEC geht

Im GUS-Raum gibt es eine Sensation. Usbekistan verlässt die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurasEC), die sechs postsowjetische Staaten vereint. Außer Usbekistan sind Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan Mitglieder.

[...]

Was hat den usbekischen Präsidenten Islam Karimow zu der Entscheidung bewegt, nicht einmal drei Jahre nach der Aufnahme in die Organisation wieder aus ihr auszuschneiden? In seiner Rede auf der Sitzung des Zwischenstaatlichen Rates der EurasEC im Januar 2006, als dem usbekischen Aufnahmeantrag von Oktober 2005 entsprochen wurde, erklärte Herr Karimow seinen Entschluss mit der »sich schnell verändernden Situation im postsowjetischen Raum und ernsthaften Bedrohungen von Sicherheit und Stabilität«, und darüber hinaus damit, dass »Usbekistan seine Zukunft in der engen Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn – in erster Linie mit Russland – sieht.« Islam Karimow versicherte damals seinen Kollegen, dass Usbekistan alles Nötige tun werde, um die »in es gesetzten Hoffnungen zu erfüllen«.

[...]

Offensichtlich hat man in Taschkent jetzt erneut eine »sich schnell verändernde Situation im postsowjetischen Raum« festgestellt, die eine Neubewertung früherer Entscheidungen erforderte. Wie gut informierte diplomatische Quellen der Zeitung »Wremja nowostej« bestätigen, war Islam Karimow, gelinde gesagt, enttäuscht darüber, dass Usbekistan nicht in den Formierungsprozess einer Dreier-Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland innerhalb der EurasEC beteiligt wurde. Die EurasEC-Mitgliedschaft Usbekistans hat auch nicht, wie man das wohl in Taschkent gewünscht hatte, zur Lösung von Wasser- und Energiefragen in der Region beigetragen. Außerdem war einer der Hauptgründe Usbekistans für den Anschluss an die EurasEC die im Oktober 2005 geschlossene Vereinbarung über ihre Fusion mit der Organisation für zentralasiatische Kooperation (CACO), der Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan angehörten. Für die CACO war damals nichts wichtiger als die Erreichung eines »Waffenstillstands in der Wasserfrage«. Dazu kam es jedoch erst vor kurzem, am 10. Oktober in Bischkek. Jedoch nicht im Rahmen der EurasEC, sondern im Laufe des ersten Gipfeltreffens aller fünf Länder Zentralasiens seit vielen Jahren. Es ist bezeichnend, dass dieses Treffen wenige Stunden nach dem reichlich konfliktgeladenen EurasEC-Treffen stattfand, in dessen Verlauf sich Islam Karimow bei der Diskussion der Wasserfrage einen harten Schlagabtausch mit seinen Kollegen aus Tadschikistan und Kirgistan geliefert hatte.

Alles andere als zufrieden war der usbekische Führer auch mit dem mangelnden Interesse seiner Kollegen an seinen Initiativen. So fand beispielsweise der Vorschlag Karimows, EurasEC und CSTO zu fusionieren, keine Zustimmung. Ein mit der spezifischen Arbeitsweise dieser Strukturen gut vertrauter russischer Diplomat meinte einmal im Scherz, dass der vom usbekischen Führer vorgeschlagene Zusammenschluss ihn an eine »Zollunion mit Panzern« erinnere. Auch die von Karimow vorgebrachte Idee zur Wiederbelebung der »6+2-Gruppe«, die sich bis zum 11. September 2001 mit der Lösung der Afghanistan-Frage befasst hatte, fand kaum ernsthafte Unterstützung. In dieser Gruppe waren die Nachbarländer Afghanistans sowie die USA und Russland vertreten. Der usbekische Präsident hatte vorgeschlagen, die Gruppe unter Einbeziehung der Nato in »6+3« umzubilden. Zumindest in Moskau reagierte man kühl auf diesen Vorschlag.

Es lohnt, darauf hinzuweisen, dass die Entscheidung Karimows über den Austritt aus der EurasEC, wenn sie auch bereits vor dem Gipfel in Bischkek gefallen war, nur fünf Tage danach offiziell eingereicht wurde. Und im Übrigen zwei Tage nach einem anderen für Usbekistan ungemein wichtigen Ereignis. Am 13. Oktober beschloss die EU eine teilweise Aufhebung der Sanktionen, die nach den Vorgängen in Andischan über Usbekistan verhängt worden waren: acht hohen Vertretern der usbekischen Führung wurde die Einreise in die EU wieder gestattet. So »schnell änderte sich die Situation« für Taschkent.

Der Ehrlichkeit halber muss man zugeben, dass in vielen Hauptstädten der EurasEC-Mitgliedsstaaten der Rückzug Taschkents eher mit Erleichterung denn mit Verärgerung aufgenommen wurde. Bremste doch Usbekistan nach Meinung vieler Experten den realen Prozess der ökonomischen Integration. [...]

[...] Im Übrigen hat man sich im postsowjetischen Raum an die impulsiv getroffenen Entscheidungen Taschkents schon gewöhnt. Usbekistan trat 1999 – aus Verärgerung über die Politik der russischen Führung unter Jelzin – aus dem Vertrag über kollektive Sicherheit (CSTO) der GUS aus und der in Washington gebildeten Gemeinschaft GUAM (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldowa), dann GUUAM, bei. Einige Jahre danach schied Taschkent, aus Unzufriedenheit mit deren Politisierung, aus dieser Struktur wieder aus. Danach trat Usbekistan erneut in die CSTO ein. Nun scheint die Frage, wann Usbekistan – nach erneuter Verärgerung – wieder aus ihren Reihen austritt, ganz natürlich. Und würde das Ausscheiden aus der SCO nicht auch in diesen Lauf der Dinge passen?

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Der vorhersehbare Ausstieg. Karimow hat beschlossen, ohne EurasEC auszukommen

Delowaja Nedelja, Kasachstan, 14.11.2008

Von Andrej Saidow

[...] In Usbekistan hat die Entscheidung, den wirtschaftlichen Zusammenschluss von Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan, dem Islam Karimow 2006 gezwungenermaßen beigetreten war, zu verlassen, niemanden weiter überrascht. Seit Beginn der Mitgliedschaft hat die EurasEC den regionalen Ambitionen des Führers Usbekistans nicht vollständig entsprochen und konnte auch die Meinungsverschiedenheiten mit den direkten Nachbarn nicht ausräumen.

[...]

Grenzen regionaler Integration

Das grundlegende Ziel der EurasEC, die im Oktober 2000 auf die Initiative von Nursultan Nasarbajew hin gegründet wurde, ist die Schaffung gemeinsamer Zollgrenzen, Zölle, Preise und anderer Grundlagen eines einheitlichen Wirtschaftsraumes. Doch bereitet eine solche Integration von Staaten, deren politisch-ökonomische Systeme sich auf unterschiedlichen Prinzipien gründen und die über unterschiedliche Ausgangsbedingungen verfügen, die bekannten Schwierigkeiten. In Kommentaren der russischen Zeitung »Kommersant« hat eine Quelle aus dem russischen Außenministerium die Meinung geäußert, dass Usbekistan eventuell mit der Gründung einer Zollunion durch Russland, Kasachstan und Belarus im Rahmen der EurasEC nicht einverstanden sei. Doch hat Usbekistan selbst bis zum heutigen Tag Abkommen über einheitliche Zolltarife, Mobilität von Menschen, Waren und Kapital im einzigen EurasEC-Raum, die bereits 2006 geschlossen worden waren, nicht ratifiziert. Wirtschaftsanalytiker vermuten, dass insbesondere die staatlich regulierte Wirtschaft Usbekistans noch weit davon entfernt ist, der freien Bewegung von Waren und Geld vor allem aus Kasachstan zu trotzen, das unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft seine Nachbarländer dominieren würde. Dies widerspräche den politischen Zielen von Präsident Karimow, der Nasarbajew die Rolle des regionalen Führers streitig macht.

Während seines offiziellen Astana-Besuches im April 2008 sprach sich Islam Karimow entschieden gegen eine von Nasarbajew initiierte Idee der Gründung einer zentralasiatischen Wirtschaftsunion aus, die von Kirgistan und Tadschikistan unterstützt wird.

»Um Zusammenschlüsse der Staaten Zentralasiens zu bilden, sollten deren ökonomischer und sozialer Entwicklungsstand, das Potential dieser Länder vergleichbar sein, und die Politik und die Ausrichtung, die die Führer dieser Länder verfolgen, sich nicht widersprechen«, erklärte der Präsident Usbekistans damals. Im Großen und Ganzen trifft diese Position auch für die regionale Integration im Rahmen der EurasEC zu, in der es Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan mit Unterstützung Russlands gelingt, eine gemeinsame Linie zu finden, manchmal als Gegengewicht zu Positionen Usbekistans.

Rösselsprung im Kopf

Karimow versuchte die Initiative an sich zu reißen, indem er Dmitrij Medwedjew im Juni 2008 die Vereinigung von EurasEC und CSTO vorschlug. Nach seinen Worten haben beide Organisationen »eine sehr ähnliche Tagesordnung, überschneiden sich in ihren Funktionen und manchmal ist die EurasEC nicht einmal in der Lage, eine eigene Position zu formulieren.« Der neue russische Präsident, der bisher noch keine gemeinsame Sprache mit seinem usbekischen Kollegen finden konnte, beschränkte sich auf die vorsichtige Äußerung, dass »unterschiedliche Formen von Integration der Zusammenarbeit von Staaten dienen« und versprach, dies mit anderen Partnern in der GUS zu besprechen. Doch es scheint, dass die Idee einer »Zollunion mit Panzern« bei den Staatsoberhäuptern der Mitglieder von CSTO und EurasEC auf keinerlei Reaktion gestoßen ist.

Die Aufgabe, Usbekistan im Orbit der regionalen Gemeinschaften zu halten und die Ambitionen Karimows zu besänftigen, wurde offenbar Wladimir Putin auferlegt, der am 1. September zu einem offiziellen Besuch in freundschaftlicher Atmosphäre nach Taschkent reiste. Obwohl Karimow mit seinem »alten Freund« die Zahlung von Weltmarktpreisen für usbekisches Gas und Garantien für weitere Investitionen durch Gasprom vereinbarte, blieb er in seinen veralteten Forderungen gegenüber den Nachbarstaaten hart. Schon als im August bekannt wurde, dass der Nachfolger von Putin auf dem Posten des Vorsitzenden des zwischenstaatlichen Rats der EurasEC für die kommenden zwei Jahre der tadschikische Präsident Emomali Rachmon sein würde, schien eine weitere Mitgliedschaft Usbekistans in der Organisation unwahrscheinlich. Und in der Tat, wie könnten sich die Führer zweier Staaten, zwischen denen nach zwei Jahren nomineller Partnerschaft noch immer keine reguläre Flugverbindung besteht, das Visaregime nicht abgeschafft wurde und es immer wieder zu bewaffneten Zusammenstößen der Grenztruppen kommt, realistisch über wirtschaftliche Integration oder einen gemeinsamen Markt einigen?

Der letzte Tropfen

Die größte Enttäuschung der zweijährigen EurasEC-Mitgliedschaft war für den Präsidenten Usbekistans wohl die Tatsache, dass es ihm auch nicht gelang, seine Positionen in Fragen der regionalen Wasserressourcen durchzusetzen. Die Rentabilität der Landwirtschaft seines agrarisch geprägten Landes hängt vom Recht bevorzugter Wassernutzung in hohem Maße ab. Seit der Sowjetzeit war das hydroenergetische System der Region so organisiert, dass die Stauseen in Kirgistan und Tadschikistan, von wo 90 % des Abflusses stammen, in erster Linie Wasser zur Irrigation usbekischer Baumwolle liefern. Die aktuellen Pläne der Nachbarstaaten zur intensiven Entwicklung der Wasserkraft und dem Bau neuer Staudämme, die von Russland gebilligt und sogar finanziell unterstützt werden, haben Usbekistan dazu gezwungen, an internationale Wasserkonventionen zu appellieren, die Staaten am Unterlauf transnationaler Wasserressourcen deren kostenlose Nutzung zusprechen.[...]

Das Aufflammen alter Streitigkeiten unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Dürre, die die usbekische Regierung bereits gezwungen hat, die Produktion von Baumwolle zu drosseln und zu grundlegenden Reformen des Agrarsektors zu schreiten, bildet aller Wahrscheinlichkeit nach das Schlüsselmoment für die erneute Hinwendung der Außenpolitik Taschkents nach Westen.

Ein neues Fensterchen nach Europa

Streng genommen bedeutet die am 13. Oktober getroffene Entscheidung der EU-Außenminister über die Lockerung des Einreiseverbots für usbekische Regierungsbeamte nach Europa nicht die vollständige Aufhebung der Sanktionen, die nach den Ereignissen in Andischan verhängt worden waren. Noch ist das Embargo für Waffen und Technologien, die gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden könnten, in Kraft. Nachrichten über die Verfolgung von Andersdenkenden und die Unterdrückung der Redefreiheit in Usbekistan haben zu besorgten Äußerungen aus dem State Department geführt und einige Politiker in Europa dazu veranlasst, die erneute Verhängung von Sanktionen nicht auszuschließen. Daran glaubt allerdings heute niemand mehr.

Die Vorentscheidung über die Aufhebung der EU-Sanktionen war praktisch bereits im Januar 2008 gefallen, als Islam Karimow – gerade für eine dritte Amtszeit von nunmehr sieben Jahre wiedergewählt – die Todesstrafe im Land abschaffte und viele bekannte Dissidenten aus der Haft entließ. Diese beiden Schritte halten Experten der EU noch immer und in vielerlei Hinsicht zu Recht für ein Zeichen des Fortschritts im Bereich Demokratie und als zweifellosen Erfolg der vom Westen gewählten Politik des »nachhaltigen Dialogs« in den Beziehungen zu Usbekistan. So kann Nachhaltigkeit heute nicht nur als gebetsmühlenartige Erinnerung an die Menschenrechte verstanden werden, sondern

auch als Wunsch, unter bestimmten Bedingungen vor »einzelnen Fällen« von Menschenrechtsverletzungen die Augen zu verschließen. Tatsache ist: Europa hat sich endgültig mit Karimow ausgesöhnt. [...]

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Karimow geht ...

Asiaplus, 13.11.2008

<http://www.asiaplus.tj/articles/122/2718.html>

Von Parwina Chamidowa

Usbekistan setzt die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurasEC) aus. Wie wirkt sich das auf seine Beziehungen zu Tadschikistan aus?

[...]

Wie der Leiter der Presseabteilung des tadschikischen Außenministeriums, Dawlat Nasrijew, »AP« mitteilte, gelangte die Nachricht über den Austritt Usbekistans aus der EurasEC bereits am 15. Oktober aus dem Koordinationsrat der Organisation nach Tadschikistan. [...] Nach seinen Worten hat Usbekistan in einem Brief die Motivation für diesen Schritt deutlich klar gemacht.

»In dem Brief ist die Rede davon, dass Usbekistan mit den Bedingungen für die Aufnahme in die Zollunion (im Rahmen der EurasEC), in der Russland, Kasachstan und Belarus vertreten sind, nicht zufrieden ist«, sagte Nasrijew.

Zur Erinnerung: Das Abkommen über die Gründung einer Zollunion (dieses sieht einheitliche Zölle und andere Maßnahmen zur Regulierung des Außenhandels vor) zwischen den drei Staaten wurde im Oktober vergangenen Jahres in Duschanbe auf dem Gipfel von GUS, CSTO und EurasEC unterzeichnet. Nach den Bedingungen des Vertrags können die übrigen Länder der Gemeinschaft diesem Verbund ihrer Bereitschaft entsprechend beitreten.

»Usbekistan hat erklärt, dass es solche Konditionen für nicht akzeptabel hält. In dem Brief wird ausgeführt, dass sogar im Beitrittsprozess zur WTO alle Details der Aufnahme genau abgesprochen und die Bedingungen unter Berücksichtigung der Interessen aller Seiten korrigiert würden«, erläuterte der Außenamtsvertreter.

Ein anderes Moment, auf das die usbekische Seite in dem Brief abhebt, sind die sich überschneidenden Funktionen zwischen der EurasEC und anderen postsowjetischen Organisationen wie der CSTO und der GUS.

»Nach Meinung der usbekischen Seite ist es nicht effektiv und in der Regel auch ohne Ergebnis, wenn sich auf den Treffen unterschiedlicher Organisationen ein und dieselben Personen treffen«, erklärte Nasrijew.

[...]

»Wir bedauern, dass unsere Nachbarn aus dieser Organisation ausgetreten sind«, sagte er. »Die Praxis hat gezeigt, dass eine beliebige Organisation dieser Art ein gutes Forum für Gespräche bildet. Sogar schwierigste Fragen können auf solchen Treffen gelöst werden, das hat zum Beispiel der letzte SCO-Gipfel gezeigt, auf dem die Präsidenten unserer beiden Staaten sich über die Frage des Transits von Elektroenergie geeinigt haben.

[...]

Ausrichtung nach Westen

Die russische Presse verbindet die Entscheidung Usbekistans bereits mit dem Auftauen seiner Beziehungen zum Westen. [...]

Tadschikische Experten schließen sich dieser Version an. Nach Meinung des unabhängigen Politologen Parwis Mulodschanow ist die Abwendung von Russland und den GUS-Staaten bei sich verbessernden Beziehungen zum Westen eine typische politische Praxis der Regierung Usbekistans.

»Darüber hinaus haben sich die Erwartungen Taschkents an die Realisierung großer wirtschaftlicher Projekte unter Beteiligung Russlands nicht erfüllt«, sagte der Experte »AP« in einem Interview. »Alle Absichten Russlands bleiben Zukunftsmusik, konkrete Schritte wurden bisher nicht gemacht.«

Außerdem glaubt Mullodschanow, dass sich die Beziehungen zwischen Taschkent und Duschanbe durch den Austritt Usbekistans aus der EurasEC nicht verschlechtern werden. »In unseren bilateralen Beziehungen wird der Status quo erhalten bleiben«, sagte er.

Die EurasEC ist, dem Experten zufolge, eine Organisation mit Zukunftsperspektive.

»Zur Zeit bringt sie nicht besonders viel Nutzen«, findet Mullodschanow, »weil die Mehrzahl der Projekte der Organisation in den Jahren 2005/06 geplant wurden, als noch niemand eine weltweite Wirtschaftskrise, die auch Russland und die Staaten der GUS erfassen würde, erwartete.«

[...]

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Chronik
Vom 25. Oktober bis 20. November 2008
Kasachstan

25.10.2008	Bildungsminister Tujmebajew trifft mit seinem chinesischen Amtskollegen Zhou Ji zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit zusammen.
25.10.2008	Wie Kazakhstan Today mitteilt, ist Vize-Premier Umursak Schukejew mit harten Forderungen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen an die Führung des Stahlkonzerns »ArcelorMittal« herangetreten. Das Unternehmen erwartet im Gegenzug Steuererleichterungen.
25.10.2008	Der italienische Premier Silvio Berlusconi trifft zu einem Kurzbesuch in Astana ein, wo ihn Präsident Nursultan Nasarbajew empfängt.
27.10.2008	Verteidigungsminister Danijal Achmetow kündigt Überlegungen zur Verstärkung des kasachstanischen Engagements in Afghanistan an. Am 21.10. hatte das Land seine Truppen aus dem Irak zurückgezogen.
27.10.2008	Auf einer Internetkonferenz prognostiziert das Wirtschaftsministerium für 2009 eine Verringerung der Inflationsrate gegenüber dem laufenden Jahr.
28.10.2008	Nach Aussage des Aufsichtsratsvorsitzenden des Konzerns »Kasachmys«, Eduard Ogaj, garantieren die Unternehmen des Bergbau- und Metallurgiesektors ihren sich im Zwangsurlaub befindlichen Angestellten eine 50 %ige Lohnfortzahlung. Ein entsprechendes Memorandum mit der Regierung sei unterzeichnet worden.
28.10.2008	Premierminister Karim Massimow erklärt, dass das kasachische Finanzsystem stabil sei, Kredite würden vergeben und die Kontoeinlagen der Bürger geschützt.
28.10.2008	Interfax-Kasachstan meldet, dass die Asian Development Bank 998.000 US-Dollar zur Unterstützung der Erforschung der regionalen Wasserressourcen bereitstellt.
29.10.2008	Der Aufsichtsratsvorsitzende der Finanzinstituts »Narodny Bank«, Grigorij Martschenko, äußert sich positiv über die Initiative des Staates, neue Aktienpakete der Großbanken zu übernehmen.
29.10.2008	Präsident Nasarbajew trifft in Astana mit Karim Aga Khan IV. zu Gesprächen über Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zusammen.
29.10.2008	Parlamentsabgeordnete schlagen die Aussetzung des Moratoriums der Todesstrafe vor, wenn sich die Verurteilten vorsätzlichen Mordes an Kindern schuldig gemacht haben.
29.10.2008	Premierminister Massimow empfängt seinen tadschikischen Amtskollegen Okil Okilow zu Gesprächen über die bilaterale Partnerschaft und den usbekischen Finanzminister Rustam Asimow zur Erörterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder.
30.10.2008	Beim Gipfeltreffen der Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) in Astana stehen Kooperation im Energiesektor und die wirtschaftliche Krise im Mittelpunkt.
31.10.2008	Die Mitglieder des Konsortiums Agip KCO unterschreiben ein Vertragspaket über die weitere Erschließung des Kaschagan-Erdölfeldes.
31.10.2008	»AcelorMittal« kündigt die Aufhebung des Zwangsurlaufs für mehrere Tausend Mitarbeiter ab 1. November an.
31.10.2008	Präsident Nasarbajew gibt bekannt, dass der Handelsumsatz zwischen Kasachstan und China im Jahr 2008 15 Mrd. US-Dollar erreicht.
1.11.2008	An mehreren aufeinanderfolgenden Tagen finden in Almaty und anderen Städten Demonstrationen der Bewegung für die Rechte von privaten Gläubigern an Wohnungsbauprojekten statt.
1.11.2008	Premierminister Massimow fordert die Geschäftsbanken auf, die ihnen durch den Staat zur Verfügung gestellten Mittel als Kredite kleinen und mittelständischen Unternehmen zugänglich zu machen.
3.11.2008	Arbeitsminister Berdybek Saparbajew erwartet für die Jahre 2009–2011 die Zuwanderung von 60.000 Familien ethnischer Kasachen (ca. 300.000 Personen) aus dem Ausland.

3.11.2008	Premierminister Massimow kündigt die Erhöhung der Stromtarife an, um notwendige Investitionen im Energiesektor zu ermöglichen.
4.11.2008	In der Stadt Balchasch warten bereits seit zwei Wochen Waggons mit radioaktivem Material auf ihren Abtransport in eine Einrichtung zur Entsorgung von besonders gefährlichen Industrieabfällen in Dortmund.
4.11.2008	Wie BP Aserbaidschan bekannt gibt, hat der Transport von kasachstanischem Erdöl durch die Pipeline Baku–Tbilisi–Ceyhan begonnen.
5.11.2008	Das Parlament billigt die Anhebung der Renten im Jahr 2009 um durchschnittlich 25 %.
6.11.2008	Kasachstan stellt nicht ausreichend Mittel für den Schutz der Opfer von Menschenhandel bereit, bemängelt die Internationale Organisation für Migration (IOM).
6.11.2008	Im Oktober haben sich die internationalen Währungsreserven Kasachstans – die des Nationalfonds eingeschlossen – um 4,4 % verringert.
7.11.2008	Bei der Kollision eines Busses mit einem LKW sterben im Gebiet Ksilorda 9 Menschen, 17 werden verletzt.
10.11.2008	Zur Ausarbeitung eines Anti-Krisen-Programmes zieht die kasachstanische Regierung ausländische Berater von Credit Swift, GP Morgan und City Bank hinzu, berichtet KazTAG.
11.11.2008	Ein Paket von Änderungen des Wahl-, Partei- und Mediengesetzes wird von der Regierung angenommen. Premier Massimow bezeichnet dies als wichtige Schritte für den OSZE-Vorsitz Kasachstans im Jahr 2010.
11.11.2008	Das Consulting-Unternehmen Fitch senkt aufgrund der ökonomischen Probleme die Ratings mehrerer kasachstanischer Unternehmen und der kasachstanischen Wirtschaft insgesamt.
11.11.2008	Gespräche zwischen der Regierung und Vertretern der vier größten Banken des Landes über deren Kapitalisierung durch den Staat werden erfolgreich beendet. Der Staat erwirbt bis zu 25 % der Aktienbestände.
11.11.2008	Das Wärmeversorgungsunternehmen von Almaty stellt Preissteigerungen von 76 % für Heizwärme in Aussicht.
12.11.2008	Der Chef der oppositionellen Demokratischen Partei »Asat« zweifelt an der Wahrscheinlichkeit der Auslieferung des gestern in Wien gefassten Assanali Schekebajew. Diesem wird Mitschuld an der Ermordung eines Unternehmers im Jahr 2001 zur Last gelegt.
12.11.2008	»Narodny Bank« führt in Zusammenarbeit mit »Visa« ein System zur Überweisung von Geld per SMS ein.
12.11.2008	Wie der Fernsehkanal KTK berichtet, hat ein Unternehmen im Gebiet Ksilorda radioaktiven Abfall aus Baikonur nicht entsorgt, sondern als Baumaterial verkauft.
12.11.2008	Ab Ende 2008 erhalten die Bürger Kasachstans biometrische Pässe, erklärt Justizministerin Sagipa Balijewa.
13.11.2008	Wirtschaftsminister Bachyt Sultanow gibt bekannt, dass die Regierung mit einem Ölpreis von 40–50 US-Dollar je Barrel in näherer Zukunft rechnet.
13.11.2008	Der ehemalige Chef der kasachstanischen Eisenbahnen, Schaksybek Kulekejew, muss wegen einer Schmiergeldaffäre für drei Jahre in Haft, entscheidet ein Gericht in Astana.
17.11.2008	In Almaty findet eine von der deutschen Regierung initiierte, multilaterale Konferenz zum Wassermanagement in der Region statt.
17.11.2008	Präsident Nasarbajew nimmt an der Eröffnung eines Kontrollpunktes an der Grenze zu Usbekistan teil und inspiziert weitere Abschnitte.
18.11.2008	Das Gebiet Schambyl ist aufgrund hohen Verbrauchs in Usbekistan von zunehmenden Stromausfällen betroffen.
18.11.2008	Wie KasTAG bekannt gibt, hat das Bildungsministerium ein System zur Ermittlung von Plagiaten in wissenschaftlichen Arbeiten entwickelt.
19.11.2008	Präsident Nasarbajew beauftragt das Außenministerium, europäische Großunternehmen für ein Engagement in Kasachstan anzuwerben und eine neue außenpolitische Konzeption zu entwerfen.

20.11.2008	Landwirtschaftsminister Akyzbek Kurischbajew fordert angesichts fallender Rohstoffkosten eine Senkung der Lebensmittelpreise.
------------	---

Kirgistan

27.10.2008	Eine Delegation des Europäischen Parlamentes trifft im Rahmen einer EU-Kooperation zu einem Besuch der kirgisischen Volksvertretung in Bischkek ein.
27.10.2008	Nach den Worten von Verteidigungsminister Bakytbek Kalyjew hat eine umfassende Militärreform begonnen, mit der in drei Stufen bis 2012 die Streitkräfte des Landes in eine Berufarmee umgewandelt werden sollen.
28.10.2008	Ein Korrespondent der staatlichen Nachrichtenagentur Kabar wird am helllichten Tag in Osch von Unbekannten zusammengeschlagen.
28.10.2008	In Bischkek findet der 1. Menschenrechtsdialog zwischen Kirgistan und der EU statt.
29.10.2008	Der Minister für ökonomische Entwicklung und Handel, Akyzbek Schaparow, trifft während seines Aufenthaltes in Südkorea mit dem koreanischen Wirtschaftsminister und Vertretern der Wirtschaft des Landes zusammen.
29.10.2008	Auf einer Kabinettsitzung fordert Premierminister Igor Tschudinow die Regierungmitglieder zu strikter Sparsamkeit auf.
30.10.2008	Premierminister Tschudinow drängt auf der Sitzung der SCO auf die Unterzeichnung eines Abkommens über rationelle Wassernutzung.
30.10.2008	Der Pressesekretär des Präsidenten, Nurlan Schakijew, wendet sich gegen Behauptungen, Bakijew habe den Verzicht auf die Kandidatur für eine 2. Amtszeit erklärt.
31.10.2008	Cole Durham, Experte der OSZE für Religions- und Glaubensfreiheit, kritisiert bei einem Runden Tisch den Entwurf des neuen Gesetzes über Religionsfreiheit.
1.11.2008	In Moskau werden vom Föderalen Migrationsdienst mehr als 40 illegale Zuwanderer aus Kirgistan in Abschiebehaft genommen.
3.11.2008	Vertreter diverser Oppositionsparteien unterzeichnen ein Memorandum, in dem sie ihre Besorgnis über den nach ihrer Ansicht durch die Inkompetenz der Regierung hervorgerufenen sozio-ökonomischen Niedergang des Landes zum Ausdruck bringen.
3.11.2008	Während des World Economic Forums in Istanbul führt Premierminister Tschudinow Gespräche mit dem lettischen Präsidenten Valdis Zatlers sowie dem pakistanischen Premier Sayed Yusuf Gelani.
4.11.2008	Adachan Madumarow, Sekretär des nationalen Sicherheitsrates, teilt mit, dass Kirgistan auf Initiative Präsident Bakijews ein mobiles Anti-Terror-Zentrum einrichten werde. Insbesondere der religiöse Extremismus stelle eine Bedrohung der nationalen Sicherheit dar.
4.11.2008	Nach Einschätzung des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Schaparow, befindet sich Kirgistan am Rande einer Finanzkrise. Den Höhepunkt erwarte er für Februar/März 2008.
4.11.2008	In Bischkek findet unter der Ägide der OSZE eine Konferenz über den Kampf gegen den Terrorismus statt.
4.11.2008	Das nationale Sicherheitskomitee veröffentlicht eine Liste mit acht Organisationen, die als extremistisch eingestuft und verboten sind, darunter Hisb-ut Tahrir, Al Qaida und die Taliban.
5.11.2008	Premierminister Tschudinow erklärt dem UN-Sondergesandten für Präventivdiplomatie Jenca, dass sein Land bei der Nutzung grenzüberschreitender Flüsse keine internationalen Gesetze verletzte.
6.11.2008	Das Parlament nimmt das neue Gesetz über Religionsfreiheit an, das die Registrierung von Religionsgemeinschaften erschwert.
6.11.2008	Der Politologe Walentin Bogatyryjow äußert in einem Interview mit der Zeitschrift Liza, die Meinung, dass ein politisches Comeback des früheren Präsidenten Askar Akajew nicht nur möglich, sondern notwendig sei.
8.11.2008	Aus dem Dorf Nura (Gebiet Osch), das am 5. Oktober durch ein schweres Erdbeben getroffen worden war, werden am 5., 7. und 8.11. erneut Beben der Stärke 5 gemeldet.

8.11.2008	Premierminister Tschudinow und der iranische Finanzminister Masud Mirkasemi erörtern bei einem Treffen in Bischkek den Ausbau vor allem der Wirtschaftsbeziehungen.
10.11.2008	Premierminister Tschudinow und der Aga Khan besichtigen gemeinsam die Baustelle der vom Aga Khan Development Network finanzierten »University of Central Asia« in Naryn.
10.11.2008	Sicherheitskräfte nehmen zwei Personen fest, die mit anderen vor dem Nationalen Sicherheitskomitee für Redefreiheit und Journalistenfreiheit demonstriert hatten.
10.11.2008	Eine Delegation des Parlamentes besucht zu Studienzwecken in Brüssel das Europäische Parlament.
11.11.2008	Das Verteidigungsministerium und das US Central Command schließen ein Abkommen über die Zusammenarbeit der kirgisischen Streitkräfte mit letzterem.
11.11.2008	Nach dem Interimsbericht der zwischenstaatlichen Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Flugzeugabsturzes vom 24.8. ist ein Fehler des Piloten Unglücksursache.
12.11.2008	RIA Novosti berichtet unter Berufung auf den Russischen Föderalen Migrationsdienst, dass jeder zehnte Migrant in Russland aus Kirgistan stamme.
12.11.2008	In Peking trifft Außenminister Karabajew mit seinem chinesischen Amtskollegen Yang Jeichi zusammen, der das Interesse Chinas an einer verstärkten Zusammenarbeit und koordiniertem gemeinsamem Vorgehen in Organisationen wie der SCO zum Ausdruck bringt.
13.11.2008	Der chinesische Vizepräsident Xi Jinping teilt bei einem Treffen mit Außenminister Karabajew mit, dass China Kirgistan eine Unterstützung von 50 Mio. Yuan (7,3 Mio. US-Dollar) gewährt.
13.11.2008	Trotz aller Stromrationierungen ist der Wasserstand im Toktogul-Stausee mit 9,3 Mrd. m ³ um fast 4 Mrd. m ³ niedriger als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt. Das Energieministerium kündigt weitere Energierationierungen an.
14.11.2008	In der ersten Hälfte 2008 konnte Kirgistan knapp 170 Mio. US-Dollar durch ausländische Touristen einnehmen, und damit 66 Mio. mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.
17.11.2008	USAID stellt 300.000 US-Dollar für Saatweizen zur Verfügung.
17.11.2008	Ein Gericht in Bischkek bestätigt das Urteil gegen die kanadische Centerra Company vom April 2008, mit dem die die Goldmine in Kumtor betreibende Gesellschaft zur Zahlung von fast 2,5 Mio. US-Dollar ausstehender Steuern verurteilt wird.
18.11.2008	Ca. 800 Menschen fordern bei einer Demonstration in Talas den Rücktritt Präsident Bakijews.
18.11.2008	Der Papst spendet 25.000 US-Dollar für die Opfer des Erdbebens im Dorf Nura.
19.11.2008	Präsident Bakijew kehrt nach mehrwöchiger medizinischer Behandlung in Deutschland nach Kirgistan zurück.
20.11.2008	Der Führer der Kirgisischen Patriotischen Bewegung, Nurlan Motujew, teilt mit, dass bereits ca. 70.000 Personen einen Appell zum Abzug der amerikanischen Truppen unterzeichnet haben.

Tadschikistan

27.10.2008	Präsident Emomali Rachmon empfängt den Herzog von York, Prinz Andrew, zu Gesprächen über die Beziehungen zwischen Tadschikistan und dem Vereinigten Königreich.
27.10.2008	Außenminister Hamrochon Zarifi trifft mit dem Aga Khan zu Gesprächen über die Arbeit des Aga Khan Development Network und anderer Stiftungen zusammen.
28.10.2008	Die staatliche Elektrizitätsgesellschaft kündigt für 2009 Preiserhöhungen von 40 % für Strom an.
29.10.2008	Es werden Verhandlungen mit Russland über die Bedingungen der Nutzung des Luftwaffenstützpunktes Ajni aufgenommen. Strittig ist u. a. die Frage, ob der Stützpunkt tadschikisch bleibt oder in russischen Besitz übergeht.
29.10.2008	Nach Angaben von Guljom Bobosoda, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, entfallen 25 % der ökonomischen Aktivität des Landes auf die Schattenwirtschaft.

29.10.2008	Anders als Experten der Regierung, die die mögliche Wirkung der globalen Finanzkrise auf Tadschikistan für schwach halten, meinen unabhängige Fachleute, dass schon allein der zu erwartende Rückgang der Rücküberweisungen aus Russland und Kasachstan negative Folgen haben werde.
31.10.2008	Nach Angaben einer offiziellen US-amerikanischen Website wurde ein tadschikischer Staatsbürger aus Guantanamo freigelassen.
31.10.2008	In Duschanbe findet der 1.Menschenrechtsdialog zwischen Tadschikistan und der EU statt.
1.11.2008	Seit 1 Uhr nachts liefert Turkmenistan via Usbekistan Strom an Tadschikistan.
4.11.2008	Präsident Rachmon empfängt den Vorsitzenden der Mission des Internationalen Währungsfonds in Tadschikistan, Axel Schimmelpfennig, zu Gesprächen über Stand und Entwicklung der Zusammenarbeit. Letzterer teilt danach mit, dass Tadschikistan höchstens indirekte Folgen der Weltfinanzkrise spüren werde.
5.11.2008	Russland nimmt eine weitere Produktionseinheit des Kraftwerkes Sangtuda in Betrieb. Präsident Rachmon äußert die Hoffnung, dass damit in diesem Winter acht Stunden täglich Strom zur Verfügung stehen werden.
7.11.2008	Abdurasul Mirsojew, der Bruder des inhaftierten ehemaligen Chefs der Präsidenten-Garde und der Drogenkontroll-Agentur Gaffor Mirsojew, wird von den Vereinigten Arabischen Emiraten an Tadschikistan ausgeliefert.
10.11.2008	Im Ranking des industriellen Wachstums des zwischenstaatlichen Komitees für Statistik der GUS steht Tadschikistan mit einem Rückgang von 2,5 % in den ersten 10 Monaten des Jahres an letzter Stelle.
12.11.2008	Die untere Kammer des Parlamentes ratifiziert ein Abkommen über die Schaffung einer nuklearfreien Zone in Zentralasien.
12.11.2008	Der Dienst für Arbeitsmigration des Innenministeriums schließt einen Kooperationsvertrag mit einer russischen Stiftung, die bei der sozialen und juristischen Absicherung der tadschikischen Migranten in Russland Unterstützung leisten soll.
14.11.2008	Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Schukrullo Rachimansarow teilt nach einem Treffen mit Vertretern der Islamic Development Bank (IDB) mit, dass diese 1,2 Mio. US-Dollar für Saatweizen zur Verfügung stellen wird.
17.11.2008	Die staatliche Elektrizitätsgesellschaft kündigt an, dass eine Stunde Strom pro Tag mehr geliefert wird.
17.11.2008	Nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik betrug die Inflationsrate von Januar bis Oktober 2008 13,1 %.
19.11.2008	Russland bleibt nach den Daten des staatlichen Komitees für Statistik mit einem Anteil von 24,7 % am gesamten Außenhandel wichtigster Handelspartner.
19.11.2008	Wegen schlechten Wetters konnte bislang erst 60 % der geplanten Baumwollernte eingeholt werden, teilt das Landwirtschaftsministerium mit.

Turkmenistan

27.10.2008	Die Kuratorin des Pipelineprojektes Nabucco trifft in Aschchabad zu Gesprächen mit Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow zusammen.
28.10.2008	Der ehemalige Vorsitzende des Komitees für Nationale Sicherheit und stellvertretende Vize-Chef der Grenztruppen Saparmurad Seidow wird aus der Haft entlassen. Er war mit dem vermeintlichen Attentat auf Expräsident Saparmurad Nijasow im Jahr 2002 in Verbindung gebracht und zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden.
29.10.2008	Der französische Konzern Bouygues erhält den Zuschlag für den Neubau des Außen- und Finanzministeriums in Aschchabad.
29.10.2008	Hochrangige Vertreter der deutschen Unternehmen Siemens und »Götz & Partner« nehmen zusammen mit Präsident Berdymuchammedow an den Feierlichkeiten zum Tag der Unabhängigkeit teil.
30.10.2008	Ein in Deutschland gedrucktes Buch von Präsident Berdymuchammedow über Pferdezucht in turkmenischer, russischer und englischer Sprache wird in Aschchabad vorgestellt.

3.11.2008	Das Außenministerium bestätigt indirekt einen Bericht der Zeitung »Wremja Nowostej«, nach dem Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft die seit Juli des Jahres ausgestellten neuen biometrischen Reisepässe nicht erhalten. Die aktuelle turkmenische Verfassung sieht die doppelte Staatsbürgerschaft nicht mehr vor, Russland hat das Protokoll zur Abschaffung derselben jedoch nicht ratifiziert.
6.11.2008	Präsident Berdymuchammedow trifft zu einem Staatsbesuch in Südkorea ein.
6.11.2008	Der russische Vize-Premier Wladimir Subkow gibt bekannt, dass der Handelsumsatz zwischen Russland und Turkmenistan 2008 6,5 Mrd. US-Dollar erreicht.
11.11.2008	Die Stadtverwaltung von Aschchabad setzt die Demontage von privaten Satellitenschüsseln in der Hauptstadt fort. Den betroffenen Bürgern wird der Wechsel zum Kabelfernsehen mit einer festgesetzten Zahl von Kanälen empfohlen.
11.11.2008	Präsident Berdymuchammedow kritisiert die geringe Qualität der staatlichen Zeitungen.
12.11.2008	»Hospitalia International« und Siemens erhalten den Auftrag zur Projektentwicklung und -ausstattung von Kliniken in den Regionen des Landes.
13.11.2008	Präsident Berdymuchammedow fliegt zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Deutschland. Dort trifft er u. a. mit Außenminister Steinmeier, Kanzlerin Merkel und Bundespräsident Köhler zusammen.
17.11.2008	Präsident Berdymuchammedow reist zu Gesprächen nach Wien weiter.
19.11.2008	Präsident Berdymuchammedow lädt OSZE-Wahlbeobachter zu den im Dezember geplanten Parlamentswahlen ein.
20.11.2008	Menschenrechtler fordern die Freilassung des am 8.10. zu elf Jahren Haft verurteilten Dissidenten Gulgeldi Annanijasow.

Usbekistan

25.10.2008	An der staatlichen Universität in Fergana wird ein im Rahmen von TEMPUS finanziertes europäisch-usbekisches Fortbildungszentrum eröffnet.
27.10.2008	Mit Wal-Mart und Tesco schließen sich zwei der weltgrößten Einzelhändler aus Protest gegen Kinderarbeit dem Boykott usbekischer Baumwolle an.
27.10.2008	Human Rights Watch kritisiert die deutsche Regierung, die den Chef des usbekischen Sicherheitsdienstes, Rustam Inojatow, zu einem offiziellen Besuch einreisen ließ.
27.10.2008	Das Außenministerium betont in einer Presseerklärung die große Bedeutung, die Usbekistan der Stabilisierung Afghanistans beimisst.
29.10.2008	Im Investitionsprogramm für 2009 sind 86 ausländische Investitionsvorhaben mit einem Wert 1,8 Mrd. US-Dollar aufgeführt.
4.11.2008	Die Asian Development Bank, Australien, Norwegen und Österreich sowie Usbekistan stellen einem gemeinsamen Fond im Rahmen der Water Financing Partnership Facility insgesamt 40 Mio. US-Dollar zur Verbesserung der Wasserversorgung im Gebiet Suchandarja zur Verfügung.
4.11.2008	Am 1. Oktober 2008 waren 436.300 Kleinunternehmen registriert, was eine Zunahme um 4 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet.
4.11.2008	Verschiedene Quellen melden, dass nach wie vor Schulkinder bei der Baumwollernte des Landes eingesetzt werden.
5.11.2008	Auf einem von UNDP, GTZ u. a. organisierten Seminar in Taschkent wird von Experten die Entwicklung des Schiedsgerichtswesens in Usbekistan erörtert.
6.11.2008	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik ist der Anteil von Baumwollfasern am Export von 12,4 % im Januar–September 2007 auf 9,6 % im gleichen Zeitraum dieses Jahres gesunken.
6.11.2008	Präsident Karimow empfängt den bulgarischen Präsidenten Georgi Parwanow zu Gesprächen über die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen.
6.11.2008	Präsident Karimow erklärt ausdrücklich, dass sein Land nicht daran interessiert ist, Gas über die geplante Nabucco-Pipeline nach Europa zu transportieren.

6.11.2008	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik stieg der Export in den ersten neun Monaten des Jahres um 62,9 %, der Import um 13,5 %. Ausländische Investitionen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 31,2 % auf 1.289 Mrd. US-Dollar.
7.11.2008	Das Komitee für Umweltschutz teilt mit, dass ein staatliches Programm zur Umweltentwicklung bis 2012 mit einem Umfang von mehr als 500 Mio. US-Dollar verabschiedet wurde.
8.11.2008	Die Wahlen der Mahalla-Ältesten und ihrer Berater haben begonnen.
10.11.2008	Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg fordert Russland auf, zwei usbekische Flüchtlinge nicht an Usbekistan auszuliefern.
11.11.2008	Wie erst jetzt bekannt wurde, hat Usbekistan Mitte Oktober schriftlich beim Sekretariat der EurasEC seinen Austritt erklärt.
11.11.2008	In Ausführung einer Beschlusses Präsident Karimows wird beim Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit ein nationales Rehabilitationszentrum für die Opfer von Menschenhandel eingerichtet.
11.11.2008	Die usbekische Journalistin Umida Nijasowa erhält in New York den Human Rights Watch Award.
12.11.2008	Der Austritt Usbekistans aus der EurasEC hat keinen Einfluss auf die russisch-usbekische Zusammenarbeit, erklärt das russische Außenministerium.
17.11.2008	Während des Besuches des malaysischen Premierministers Abdullah Ahmad Badawi in Taschkent werden Memoranden über wissenschaftlich-technologische und Bildungskooperation unterzeichnet.
18.11.2008	Der rumänische Außenminister Lazar Comanescu führt im Rahmen seines offiziellen Besuches Gespräche mit seinem Amtskollegen Wladimir Norow und weiteren Kabinettsmitgliedern.
19.11.2008	Die ungarische Außenministerin Kinga Goncez trifft im Rahmen ihres Taschkentbesuches mit den Sprechern der beiden Parlamentskammern zusammen.
20.11.2008	Eine Delegation der Stiftung für internationale Entwicklung der OPEC erörtert mit Bildungsminister Gajrat Schoumarow die Erfolge der bisherigen Kooperation und zukünftige Projekte, vor allem im Bildungsbereich.

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment
Redaktionsassistentin: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2008 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14
e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russlandanalysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de